

Evangelische Verantwortung

Verantwortliches Handeln in der Auseinandersetzung um Irans Nuklearprogramm

Eckart von Klaeden MdB

- Die seit 2002 andauernde Auseinandersetzung um das Nuklearprogramm des Iran wirft entscheidende Fragen auf, mit denen wir Deutsche uns in der Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auseinandersetzen müssen:
 - Wie verschaffen wir internationalem Recht Geltung, welche Mittel sind wir bereit dafür

- wie unterstützen wir die Modernisierung der Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten,
- wie sichern wir unsere eigene Energieversorgung und
- wie gehen wir mit den aufstrebenden Schwellenländern, wie z.B. China, Indien oder Brasilien, um und gewinnen sie für eine Mitgestaltung der globalen Ordnung?

2. Im Jahr 2002 wurde aufgedeckt, dass der Iran in Natans ein geheimes Programm zur Urananreicherung betreibt. Mit dem Streben nach eigenständiger Urananreicherung, zu der nur wenige Staaten auf der Welt und auch nicht alle Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, in der Lage sind, hat das bekannte iranische Nuklearprogramm eine neue Dimension erreicht. Die Anreicherungstechnik eröffnet als „dual-use“ Technologie auch die Möglichkeit, Nuklearwaffen herzustellen. Deshalb ist nach den Regeln des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) und der Internationalen Atomenergie Agentur (IAEA) als Hüterin des Vertrages jeder NVV-Vertragsstaat verpflichtet, Programme zur Urananreicherung zu melden und der Inspektion zu unterwerfen. Dieser Pflicht – wie auch anderen aus dem NVV erwachsenen Pflichten – ist der Iran nicht nachgekommen und kommt ihr nach Einschätzung der IAEA auch weiterhin nicht vollständig nach.

3. Der Iran hat stets behauptet, dass sein Programm ausschließlich friedlichen Zwecken diene. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich

Mit dem Streben nach eigenständiger Urananreicherung, zu der nur wenige Staaten auf der Welt und auch nicht alle Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, in der Lage sind, hat das bekannte iranische Nuklearprogramm eine neue Dimension erreicht.



„Die Zweifel an der friedlichen Absicht der iranischen Führung im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm bleiben groß.“

- einzusetzen und welche Verantwortung tragen wir dabei,
- wie verhindern wir die Verbreitung von Nuklearwaffen,

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Friedensangebot und Irankonflikt	8
Evangelisches Leserforum	16

der USA, erkennt ausdrücklich das Recht des Iran auf friedliche Nutzung der Kernenergie an. Einige Staaten haben sogar ein Interesse daran, dass der Iran Atomstrom herstellt, damit das Land weniger Erdöl für die Herstellung von Elektrizität verbraucht.

Gleichwohl ist sich die internationale Gemeinschaft ebenso einig, dass der Iran weder über Nuklearwaffen, was auch gegen den NVV verstieße, noch über die Fähigkeit verfügen darf, diese herzustellen. Dies würde die sensible Region des Nahen und Mittleren Ostens weiter destabilisieren, andere Staaten dort – ähnlich wie im Verhältnis Indien-Pakistan – herausfordern, mit Nuklearwaffen gleichzuziehen, und den NVV, der von vielen als essentieller Eckpfeiler aller Abrüstungsbemühungen gesehen wird, insgesamt in Frage stellen. Es ist allen bewusst, dass der NVV in Bezug auf die „dual-use“ Fähigkeit der Nuklearanreicherung ein großes Schlupfloch enthält. Sowohl der amerikanische Präsident Bush als auch IAEA-Generalsekretär El Baradei haben in den letzten Jahren interessante Vorschläge zur Schließung dieses Schlupfloches unterbreitet, unter anderem die garantierte Belieferung mit nuklearem Brennstoff an NVV-Mitgliedsstaaten mit Atomkraftwerken.

Nachdem der iranische Präsident Ahmadinedschad mehrfach das Existenzrecht Israels und den Holocaust geleugnet – gefolgt von verbalen Entgleisungen anderer iranischer Offizieller unter anderem auch gegen Bundeskanzlerin Dr. Merkel – und damit die Auseinandersetzung verschärft hat, ist das gemeinsame Ziel umso dringlicher. Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat dies auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 04.02.2006 und bei verschiedenen anderen Anlässen deutlich gemacht.

4. Zwar unterliegt das Nuklearprogramm im Iran letztlich der Kontrolle des religiösen Führers Ajatollah Chamenei und nicht der zivilen Autoritäten, dennoch nimmt Präsident Ahmadinedschad durch politische Agitation Einfluss auf das Programm und seine Dynamik. Das geistliche Establishment fühlt sich herausgefordert, in der Öffentlichkeit nicht hinter die Entschlossenheit des Präsidenten zurückzufallen. Der Iran ist keine offene Gesellschaft, wie wir sie kennen. Daher sind die aktuellen Machtverhältnisse zwischen geistlicher und weltlicher Führung nicht exakt zu bestimmen. Das gilt auch in Bezug auf das Nuklearprogramm.

Die Fähigkeit zur Agitation hat Ahmadinedschad wiederholt unter Beweis gestellt, nicht zuletzt

auch im so genannten „Karikaturen-Streit“. Er nutzt solche Themen, um von der Erfolglosigkeit der eigenen Regierung abzulenken und dennoch das eigene Volk hinter sich zu vereinen. Denn es darf für eine politische Bewältigung der Krise um das iranische Nuklearprogramm nicht vergessen werden, dass für die Iraner das zivile Nuklearprogramm ein nationales Prestigeobjekt ist.

Die rhetorische Eskalation mag auch einem weiteren Zweck dienen. Weil die internationalen Märkte darauf reagieren, steigt der Ölpreis an. Pro Dollar Preisanstieg nimmt der iranische Staat 2,5 Mio. USD täglich mehr ein.

5. Die Zweifel an der friedlichen Absicht der iranischen Führung im Zusammenhang mit dem Nuklearprogramm bleiben groß. Selbst IAEA-Generaldirektor El-Baradai will zurzeit nicht endgültig bescheinigen, dass der Iran ausschließlich ein ziviles Programm betreibt. Erdrückende Indizien sprechen gegen den Iran:

- Der Iran treibt ein eigenes umfangreiches, kostspieliges Raketenprogramm voran, mittels dessen mittelfristig iranische Raketen Ziele in Deutschland erreichen werden.
- Das Programm macht militärisch nur Sinn, wenn die Raketen mit atomaren Sprengköpfen versehen werden.
- Der Iran hat Kontakte zu internationalen illegalen Netzwerken, die u.a. Nordkorea und Libyen geholfen haben, ein militärisches Nuklearprogramm zu entwickeln.
- Die IAEA-Inspektoren haben in den iranischen Anlagen Spuren von hochangereichertem Uran entdeckt, deren Herkunft nicht restlos geklärt werden konnte.
- Der Iran verbunkert seine kerntechnischen Anlagen unter der Erde, was für friedliche Zwecke unnötig kostspielig ist.
- Schließlich gibt es auf Jahre hinaus im Iran kein funktionierendes Kernkraftwerk, wofür der nukleare Brennstoffkreislauf zwecks Herstellung von Brennelementen beherrscht werden müsste. Auch ist die eigene Herstellung von Brennelementen ökonomisch erst ab einer Zahl von zehn Kernkraftwerken überhaupt sinnvoll.
- Der Iran hat inzwischen zugegeben, Pläne zur Anleitung zur Herstellung einer waffentauglichen Urankugel aus hoch angereichertem Uranmetall vom pakistanischen „Vater der Bombe“ Abdul Qadir Khan erhalten zu haben.
- Der Iran hat größere Mengen von Polonium und Beryllium gekauft. Beide Metalle haben bei nuklearen Prozessen nur einen Zweck: Sie dienen als Detonationsverstärker in einem nuklearen Sprengkörper.

Die Fähigkeit zur Agitation hat Ahmadinedschad wiederholt unter Beweis gestellt, nicht zuletzt auch im so genannten „Karikaturen-Streit“.

Liebe Leserin, lieber Leser,

die diesjährige „**Woche für das Leben**“ der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland, die unter dem Motto „Von Anfang an uns anvertraut – Menschsein beginnt vor der Geburt“ stand, war ein wichtiges Signal. Gerade vor dem Hintergrund dramatisch gesunkener Geburtenzahlen und problematischer familiärer Rahmenbedingungen in unserem Land brauchen wir ein verändertes Gesamtklima in unserer Gesellschaft, das neue Hoffnung und neuen Mut zu Ehe, Familie und Kindern macht. Dazu gehört auf der Basis des christlichen Menschenbildes vor allem auch der intensive Einsatz für den Schutz des vorgeburtlichen Lebens.

Angesichts der erschreckend hohen Zahl von jährlichen Schwangerschaftsabbrüchen und Spätabtreibungen benötigen wir ein neues gesamtgesellschaftliches Nachdenken und Bewusstsein von der unantastbaren Würde des menschlichen Lebens von Beginn an. Hier gilt es zu erkennen: Wo die Gesellschaft sowohl insgesamt als auch in ihren Teilen versagt, kann auch die Politik allein nicht helfen. Mit aller Kraft müssen wir uns darum gemeinsam – in Kirche, Politik und Gesellschaft – dafür einsetzen, dass Kinder und Familien wieder den herausragenden Stellenwert einnehmen, der ihnen zukommt. Denn eine Gesellschaft, die sich nicht mehr genügend um ihre nachfolgenden Generationen sorgt, verkümmert und hat keine Zukunft.

In diesem Sinne ist auch das „**Bündnis für Erziehung**“, das in den vergangenen Tagen und Wochen für viel Aufsehen und Kritik gesorgt hat, als ein Schritt in die richtige Richtung anzusehen. Unsere Gesellschaft braucht mehr denn je wieder eine selbstbewusste Besinnung auf ihre eigenen christlichen Wertegrundlagen. Die Initiative der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ist ein dringend gebotener und wichtiger Beitrag zur Förderung einer von Achtung, Respekt vor anderen und Menschenwürde geprägten gesellschaftlichen Kultur.

Gerade die christlichen Werte leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erziehung, nicht nur als Grundlage unserer Verfassung und demokratischen Grundwerte, sondern auch in Form zahlreicher christlicher Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und

Schulen. Die **hannoversche Landesbischöfin Dr. Margot Käßmann** hat mit vollem Recht die Zehn Gebote als sinnvolle und gute Basis einer ausgewogenen Werteerziehung hervorgehoben. Sie erinnerte aus gutem Grund an das sowohl quantitativ wie qualitativ hochwertige Bildungsangebot der christlichen Kirchen, das sich wachsender Beliebtheit erfreut.



Die an diesem Bündnis geübte Kritik von Seiten einiger Parteien, gesellschaftlicher Gruppen und mancher Vertreter anderer Religionsgemeinschaften war hingegen nicht überzeugend und geradezu befremdlich. Insbesondere der fast schon reflexartige Versuch, die christlichen Fundamente unserer Kultur und Gesellschaft immer wieder an den Rand drängen und bisweilen sogar verleugnen zu wollen, befördert nicht eine lebendige plurale und humane Kultur des Miteinanders. Vielmehr leistet solches dem bedenklichen Werte-Relativismus und Sinn-Vakuum in unserer Gesellschaft weiteren Vorschub. Gerade die jüngsten Entwicklungen an deutschen Schulen sollten Anlass genug sein, dem entgegen zu wirken.

„Wo die Gesellschaft sowohl insgesamt als auch in ihren Teilen versagt, kann auch die Politik allein nicht helfen.“

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel MdB
(Bundesvorsitzer des EAK der CDU/CSU)

6. Seit 2002 hat es im Rahmen der IAEA intensive Verhandlungen mit dem Iran gegeben, um das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in ein rein ziviles Nuklearprogramm des Iran und die Transparenz des Programms herzustellen. IAEA-Inspektionen im Iran sollten helfen, die zu Tage getretenen Fragen in Bezug auf Art, Ziel und Umfang des iranischen Nuklearprogramms zu klären. Zuletzt sind zwei Verhandlungsstränge verfolgt worden:

Zum einen die mit den USA abgestimmten Verhandlungen der so genannten EU-3 (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) auf der Basis des so genannten Pariser Abkommens vom 15.11.2004, in dem sich der Iran selbst verpflichtet hatte, für den Verlauf der Verhandlungen auf die weitere Urankonversion und Urananreicherung bzw. vorbereitenden Schritte zu verzichten, dem IAEA-Zusatzprotokoll beizutreten und dieses umgehend anzuwenden. Diese Maßnahmen waren die Gegenleistung des Irans dafür, dass die IAEA nicht schon zum damaligen Zeitpunkt weitere Schritte gegen das Land unternahm. Im Zuge der Verhandlungen haben die EU-3 im August 2005 dem Iran ein umfangreiches Angebot unterbreitet. Dieses enthielt: die nochmalige Anerkennung des Rechtes des Iran auf zivile Nutzung der Kernenergie; die Zusicherung einer sicheren Versorgung iranischer Kernkraftwerke mit nuklearem Brennstoff; Sicherheitsgarantien einschließlich des Gewaltverzichts auf der Grundlage der VN-Charta und der VN-SR-Res. 984 (1995); eine Sicherheitszusammenarbeit, die auch einschließt, gemeinsam am VN-Ziel eines Nahen und Mittleren Ostens frei von Massenvernichtungswaffen zu arbeiten; weitgehende wirtschaftliche und technologische Kooperation, einschließlich der Unterstützung einer WTO-Mitgliedschaft des Iran. Als Gegenleistung sollte der Iran sich selbst verpflichten, keine Urananreicherung weder zu Forschungs- noch zu industriellen

Zwecken zu betreiben. Der Iran hat das Angebot nicht weiter verhandelt oder Forderungen gestellt, sondern schroff zurückgewiesen und dadurch das Pariser Abkommen durch Wiedereröffnung seiner Nuklearanlagen in Isfahan im August zur Urankonversion und Natans im Dezember 2005 zur Urananreicherung gebrochen. Er beharrt darauf, die Urananreicherung im eigenen Land beherrschen und betreiben zu können.

Zum anderen die Verhandlungen, die Russland mit dem Iran führt und die von den EU-3 und den USA begrüßt wurden. Russland hat dem Iran vorgeschlagen, die Urananreicherung in einem Joint Venture auf russischem Boden durchzuführen. Dies trüge den internationalen Bedenken Rechnung, weil gewährleistet wäre, dass kein waffentaugliches Uran entstehen würde. Auch für Russland ist es Bedingung für den Fortgang seiner Verhandlungen, dass der Iran seine Tätigkeiten in Natans einstellt. Zwar haben beide Seiten die Verhandlungen nicht als gescheitert erklärt, jedoch werden sie im Augenblick nicht weitergeführt.

7. Wegen des Bruchs des Pariser Abkommens durch den Iran sowie der anhaltenden Weigerung des Iran, vollständig mit der IAEA zusammenzuarbeiten, waren sich die EU-3 am 12.01.2006 einig, dass die IAEA nunmehr den VN-Sicherheitsrat (VN-SR) einschalten müsse, um mit dessen Autorität den Druck auf den Iran zu erhöhen. Dem hat El Baradei beigeplichtet. Der IAEA-Gouverneursrat hat daraufhin am 04.02. unter Zustimmung unter anderem von Russland, China und Indien bei nur drei Gegenstimmen von Kuba, Venezuela und Syrien beschlossen, dem VN-SR über das Iran-Dossier zu berichten. Angesichts der vielen auseinander gehenden Interessen der Mitglieder von China (Energieimporte aus dem Iran) bis Südafrika (keine Schmälerung der Rechte aus dem NVV für die nuklearen Nicht-Atom-



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Seit Dezember 2005 haben insgesamt 236 Leserinnen und Leser 10.718,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr.: 266 098-300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Mächte) ist dies ein äußerst beeindruckendes Signal, insbesondere an den Iran. In seiner Resolution hat der Gouverneursrat den Iran unter anderem aufgefordert, die Urananreicherung auszusetzen, das IAEA-Zusatzprotokoll zu ratifizieren sowie die Konstruktion eines Schwerwasserreaktors, der den Weg zur Herstellung von Plutonium eröffnet, zu überdenken.

Als Reaktion hat der Iran seine freiwillige Zusammenarbeit mit der IAEA aufgekündigt und damit die Auseinandersetzung ein weiteres Mal verschärft. Jedoch verbleibt der Iran (vorerst noch) im NVV.

Nach einem weiteren kritischen Bericht von El Baradei zum Iran vom 27.02.2006 hat sich der VN-SR mit dem Vorgang ausgiebig befasst und am 29.03.2006 eine Erklärung seines Präsidenten verabschiedet, in der der IAEA für ihre Überprüfung des iranischen Nuklearprogramms der Rücken gestärkt und der Iran aufgefordert wird, vertrauensbildende Schritte zu unternehmen, die von der IAEA gestellten Fragen zu beantworten und in diesem Zusammenhang überprüfbar alle Anreicherungstätigkeiten zu suspendieren. Entgegen der Aufforderung erklärte der Iran vielmehr am 11.04., dass ihm die Urananreicherung erfolgreich gelungen sei und er sich nunmehr im „Klub der Nuklearstaaten“ zugehörig fühle. Am 28.04.2006 teilte die IAEA dem VN-SR mit, dass der Iran der Aufforderung des Gouverneursrates und des VN-SR nicht nachgekommen ist.

8. Ziel bleibt – wie es auch im Koalitionsvertrag steht – „eine Lösung auf dem Verhandlungsweg“. Weiterhin sind sich alle einig, dass der Iran ein Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie hat, jedoch nicht in den Besitz von Nuklearwaffen kommen darf. Der Weg zu weiteren Verhandlungen auch mit den EU-3 steht dem Iran jederzeit offen. Voraussetzung für alle ist jedoch, dass der Iran zu den Bedingungen des Pariser Abkommens zurückkehrt.

Bundeskanzlerin Dr. Merkel hat zu Recht betont, dass noch viel Raum für Diplomatie bestehe. Der Iran reagiert letztlich doch auf Druck, weshalb er das russische Verhandlungsangebot nicht völlig ausgeschlagen hat. Ebenso versichern alle anderen Beteiligten, allen voran die USA, dass sie eine diplomatische Lösung anstreben und davon überzeugt sind, diese auch erreichen zu können. Insbesondere Israel, dessen Existenzrecht der iranische Präsident abspricht, ist sehr an einer diplomatischen Lösung interessiert.

Die Frage des Einsatzes militärischer Mittel steht nicht auf der Tagesordnung. Keine Regierung droht mit Militärschlägen. Auch in den USA heißt es nur gemäß der traditionellen Politik aller US-Präsidenten, es werde keine Option vom Tisch genommen. Die sehr hypothetische Diskussion hierüber lenkt vielmehr davon ab, dass der Iran und nicht die USA das Problem darstellen. Um den erforderlichen Druck auf den Iran ausüben zu können und eine starke Verhandlungsposition zu haben, ist es überhaupt unklug, von vornherein Optionen auszuschließen. Dies gäbe dem Iran allenfalls eine Gewissheit, die seine Position nur weiter verhärten könnte. Wer es dennoch tut, schwächt letztlich die Verhandlungsposition der internationalen Gemeinschaft. Entsprechende öffentliche Aufforderungen an die USA sollten daher unterbleiben. Nicht zuletzt Friedensnobelpreisträger El Baradei hat in einem Interview am 23.01.2006 in der Zeitschrift Newsweek gesagt: „Diplomatie ist nicht nur Reden. Diplomatie braucht auch Druckmittel, und, in extremen Fällen, Gewalt“.

9. Wie könnte das weitere Vorgehen aussehen? Dazu sind zwei **Stufenpläne** vorstellbar, der eine für den Fall, dass beide Seiten aufeinander zugehen, der andere für den Fall, dass der Iran an seiner unzugänglichen Haltung festhält.

9.1 Im ersten Fall muss der Iran auf der **ersten Stufe** einen signifikanten Beitrag dazu leisten, Vertrauen zu schaffen, und damit seine seit August 2005 eingeleitete Politik steter Provokationen und Eskalationen umkehren. Vertrauen ist der Kern der Lösung. Es spielt auch die entscheidende Rolle für die unterschiedliche Behandlung von Indien und Pakistan.

Bestandteil der Vertrauensbildung müssen dabei die vorläufig unbegrenzte Aufgabe aller relevanten Tätigkeiten zur Urananreicherung und damit die Rückkehr zum „modus vivendi“ des Pariser Abkommens von November 2004 sowie die Fortsetzung strenger Kontrollen durch die IAEA sein, bis die IAEA den Verdacht auf ein geheimes Waffensprogramm entkräften kann.

Auf der **zweiten Stufe** können als Honorierung eines iranischen Beitrages die Gespräche der EU-3 mit dem Iran über das am 05.08.2005 vorgelegte Angebot wieder aufgenommen werden.

Nach Wiederaufnahme konstruktiver Gespräche zwischen den EU-3 und dem Iran könnten die USA als **dritte Stufe** offiziell anbieten, ein auf der Grundlage des Angebotes erarbeitetes Abkom-

Die Frage des Einsatzes militärischer Mittel steht nicht auf der Tagesordnung. Keine Regierung droht mit Militärschlägen.

men zu unterstützen bzw. in dieses einzusteigen sowie Verhandlungen zu beginnen, deren Ziel die Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen und von bilateralen Handelsbeziehungen ist. Ohne dass die USA direkt an den Verhandlungen beteiligt wären, gäbe die indirekte Einbindung der USA dem Angebot der EU-3 noch mehr Gewicht.

Immer wieder werden direkte Gespräche zwischen den USA und dem Iran gefordert. Diese sollen u.a. das Ziel haben, die legitimen Sicherheitsinteressen des Iran und seine künftige Rolle in der Region anzusprechen. Beide Seiten haben solche Gespräche bislang abgelehnt.

Sicherlich ist es grundsätzlich zu wünschen, dass sich der Iran und die USA nach dem Abbruch der Beziehungen 1979 wieder aufeinander zu bewegen. Punktuell hat es Kontakte in der Vergangenheit bereits gegeben, z.B. im Umfeld des militärischen Eingreifens in Afghanistan ab 2001, als die Interessen des Iran und die der USA sich deckten. Aus ähnlichem Grund haben beide Seiten ihre Bereitschaft erklärt, Gespräche über den Irak zu führen. Der iranische Präsident Ahmadinejad hat nun am 23.04.2006 erklärt, dass nach der Einigung auf einen irakischen Ministerpräsidenten solche Gespräche nicht mehr notwendig seien. Es ist ungewiss, ob diese Haltung auch von der religiösen Führung geteilt wird. Jedoch sollten mit Blick auf die Verhandlungen zur Nuklearfrage zwei Aspekte bedacht werden: Ein Schritt der USA auf den Iran zu kann allenfalls eine Antwort auf ein deutliches Zeichen des Iran sein. Es kommt also auf den geeigneten Zeitpunkt an, der im Augenblick (noch) nicht besteht. Denn neben der Nuklearfrage stehen noch weitere bedeutende ungelöste Fragen, die gerade für die USA – selbstverständlich auch für uns – von besonderer Bedeutung sind: Anerkennung des Existenzrechtes Israels, Aufgabe der Unterstützung terroristischer Gruppen, wie Hizbollah und Islamischer Dschihad. Ebenso darf ein neues Gesprächsforum – neben EU-3-Iran und Russland-Iran – nicht vom Iran zum Anlass genommen werden, die internationale Gemeinschaft weiter hinzuhalten und gleichzeitig sein Nuklearprogramm voranzutreiben.

Aus dem gleichen Grund ist es nicht sinnvoll, weitere Staaten in den direkten Verhandlungsprozess mit einzubinden. Letztlich sind sowieso alle maßgeblichen Staaten im IAEA-Gouverneursrat vertreten und somit in den Prozeß eingebunden.

Eine andere Idee ist es, alle Stränge zusammenzuführen und analog der Sechser-Gespräche zu Nordkorea alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Je-

doch sind auch die Sechser-Gespräche zu Nordkorea nicht sonderlich erfolgreich verlaufen und damit weniger Vorbild als vielmehr Menetekel. Bestandteil einer verhandelten Lösung könnte als **vierte Stufe** sein, dass der Iran mittelfristig, nachdem die IAEA dem Iran bescheinigt hätte, Buchstaben und Geist des NVV und seines Zusatzprotokolls zu beachten und die internationale Gemeinschaft Vertrauen geschöpft hätte, von seiner freiwilligen Selbstverpflichtung phasenweise entbunden wird. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch ein tatsächlicher ökonomischer Bedarf des Iran an der eigenen Herstellung nuklearen Brennstoffes bestehen, d.h. eigene Atomkraftwerke tatsächlich gebaut sein. Im Rahmen einer vorgesehenen regelmäßigen Überprüfung eines Abkommens könnte eine Entbindung von der Selbstverpflichtung diskutiert werden.

Nach Aufgabe der Selbstverpflichtung könnte der Iran unter internationaler Aufsicht im eigenen Land auf einige Jahre mit einigen hundert Gaszentrifugen eine fünfprozentige Anreicherung vornehmen. In der Folgezeit könnte er den Brennstoffkreislauf unter IAEA-Kontrolle möglichst im Rahmen eines multinationalen Gemeinschaftsunternehmens dann auch industriell betreiben.

Am Ende eines sicherlich langen und nicht einfachen Weges würde der Iran die Urananreicherung auf eigenem Boden betreiben.

9.2 Als weiteres Vorgehen im Falle, dass der Iran allen Aufforderungen und Bitten der internationalen Gemeinschaft nicht nachkommt, muss die internationale Gemeinschaft trotz der Bedenken von Russland und China konsequent reagieren. Sonst wird sie zum Nachteil aller unglaubwürdig und das internationale Recht nicht das Papier wert, auf dem es steht.

Denkbar ist, in mehreren Stufen Sanktionen zu ergreifen. Dabei geht es weniger darum, den Iran oder seine Bevölkerung zu strafen, sondern vielmehr das Land zu überzeugen bzw. ihm aufzuzeigen, dass die Politik der Führung das Land in die Isolation führt und die Kosten immer weiter in die Höhe treibt. Ziel muss sein, dass intelligente Sanktionen vor allem die Entscheidungsträger und regimeträgende Gruppen treffen sowie Bevölkerung und politische Führung auseinander bringen. Umgekehrt muss vermieden werden, die Bevölkerung zu strafen und diese in die Arme des Regimes zu treiben. Wichtig ist auch, dass es auf jeder Stufe für den Iran einen gesichtswahrenden Ausweg gibt. Sanktionen sind ein schwieriges und langwieriges Instrument.

Denn neben der Nuklearfrage stehen noch weitere bedeutende ungelöste Fragen: Anerkennung des Existenzrechtes Israels, Aufgabe der Unterstützung terroristischer Gruppen, wie Hizbollah und Islamischer Dschihad.

Sie erfordern erst recht die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft vor allem bei der Umsetzung. Falls diese gewährt ist, können Sanktionsregime erfolgreich sein. Ein Beleg ist das Sanktionsregime gegen Südafrika zu Zeiten der Apartheid.

Auf einer **ersten Stufe** könnte der Iran in einer Resolution des VN-SR auf der Grundlage von Kapitel VII der VN-Charta verpflichtet werden, auf den nuklearen Brennstoffkreislauf zu verzichten. Damit muss nicht zwangsläufig die Androhung von Sanktionen verknüpft werden. Erst auf einer **zweiten Stufe** könnte der VN-SR Sanktionen gegen den Iran verhängen, wie z.B. Reisesanktionen, Exportverbote im Technologiebereich, Finanzsanktionen (Einfrieren von Guthaben, v.a. kein Zugang zu Krediten, Aufheben der Konvertibilität der Währung), Rüstungsembargo. Zu einem späteren Zeitpunkt, als **dritte Stufe**, könnten die Sanktionen erweitert werden um harte Handelssanktionen, die auch den Energiesektor mit einschließen. Eine Achillesferse des Iran ist, dass er über 50 % seines Benzinverbrauches importieren muss.

Die schrittweise Verhängung von Sanktionen hat den Vorteil, dass diese auf den politischen Prozess im Zielland gezielt eingestellt werden und diesen u.U. beeinflussen können. Dies wiegt den Nachteil auf, dass die internationale Gemeinschaft sich jedes Mal erneut einigen und ebenfalls über einen längeren Zeitraum leidensfähig sein muss.

10. Unabhängig davon, welche Stufen genommen werden, bleibt entscheidend, dass die internationale Gemeinschaft, allen voran Europa unter sich und zusammen mit den USA, geschlossen bleibt. Der Iran nutzt konsequent jedes, unter Umständen auch provozierte Anzeichen von Uneinigkeit. Deshalb ist es ebenso notwendig, die weiteren Verhandlungen ruhig und entschlossen zu führen. Aufgeregte Debatten über hypothetische Szenarien spielen nur den iranischen Machthabern in die Hände. Auch wenn es keinen unmittelbaren Zeitdruck gibt, den Verhandlungsprozess zu einem Erfolg zu führen, weil der Iran noch viele Jahre vom Bau einer Atombombe entfernt ist, muss die internationale Gemeinschaft darauf drängen, dass es zeitnah Fortschritte gibt. Sonst schreitet der Iran in der Entwicklung seiner Nukleartechnologie voran und ist noch weniger bereit, diese aufzugeben. Der Schlüssel für eine Lösung dürfte in Moskau liegen, denn Russland könnte im Augenblick das Land sein, das den Iran am ehesten beeinflussen kann. Russland unterstützt das zivile Nuklearprogramm des Iran und liefert Rüstungsgüter, wie z.B. Flugabwehrraketen. Es könnte eindeutige Zeichen setzen.

Letztlich muss allen bewusst bleiben, dass bei einer Verhandlungslösung sowohl der Iran als auch die internationale Gemeinschaft gewinnen werden.

Eckart von Klaeden MdB ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aufgeregte Debatten über hypothetische Szenarien spielen nur den iranischen Machthabern in die Hände.

Das Buch zum Hermann-Ehlers-Jahr!

Mit Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Bischof Peter Krug, Christian Wulff, Thomas Rachel, Richard von Weizsäcker und vielen anderen mehr.

Zum Preis von 9,80 Euro (inkl. Porto – und Versandkosten).
ISBN 3-00-016340-9

Zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de





Das christliche Friedensgebot und der Irankonflikt

Gerhard Arnold

Der Irankonflikt geht nun ins vierte Jahr. Falls nicht in Kürze ein Einlenken der politisch-religiösen Führung erfolgt, die

Bereitschaft also, mit der internationalen Atomenergie-Behörde der UNO (IAEA) zu kooperieren und strenge Kontrollen der zivilen Atomforschung und Atomindustrie zuzulassen, wird dieser Konflikt zu einem weltpolitischen Hauptproblem dieses Jahres werden.

„Die friedensethische Reflexion hat nach Möglichkeiten zu fragen, wie möglichst friedensverträglich und gewaltminimierend eine Konfliktregulierung erreicht werden kann.“

Der Wille zur regionalen Vormachtstellung und zur Bombe

Es kann keine vernünftigen Zweifel mehr am Willen der iranischen Führung geben, in absehbarer Zeit einsatzfähige Atomwaffen herzustellen. Das anspruchsvolle Raketenprogramm spricht genauso dafür wie der Wille, den Urankreislauf vollständig zu beherrschen und hoch angereichertes Uran herstellen zu können.

Auch das Bemühen, sich auf dem gut funktionierenden internationalen Schwarzmarkt illegal Atomtechnologie zu beschaffen, hinter dem Rücken der IAEA, spricht für die Atomwaffenpläne des Mullah-Regimes in Teheran.

Der Wille zur Bombe sollte keinen Zuschauer verwundern. Man blicke nur auf die mittelöstliche Landkarte. Der Iran ist eine große Landmacht und strebt nach regionaler Vorherrschaft. Für ein Land mit beachtlicher Kultur und geschichtlichem Hintergrund, für das Land mit der größten schiitischen Bevölkerung und Glaubensverwandten in der unmittelbaren Umgebung, vor allem im Irak, im Libanon und an der Nordostküste der arabischen Halbinsel, also dem Iran direkt gegenüber, ist der regionale Machtanspruch auch aufgrund seiner beachtlichen Bevölkerungszahl, derzeit schon über 70 Mio. – Tendenz stark steigend –, nichts Überraschendes. Das Wissen, neben Saudi-Arabien zu einem der größten Öllagerstaaten der Welt zu gehören und damit Marktmacht auszuüben, derzeit rund 10 Prozent der Rohölförderung der Welt bereitzustellen, verstärkt Machtwille und Selbstbewusstsein.

Das Streben nach Atomwaffen geht schon in die Zeit der Schah-Herrschaft, in die 70er Jahre zurück. Die Angst vor dem Irak und dem unberechenbaren Diktator Saddam Hussein mit seiner Atomwaffenentwicklung, die 1991 nach dem 2. Golfkrieg offengelegt wurde, war für die Mullahs im Iran vermutlich ein starker Anreiz, an die frühere Nuklear-Politik des Schah anzuknüpfen. Hinzu kommt das gewachsene schiitische Selbstbewusstsein, aber auch seit 1998 die Nachbarschaft der Atomstaaten Pakistan und Indien sowie Russlands. Wie weit die De-facto-Existenz israelischer Kernwaffen den großen Iran tatsächlich beunruhigt, nicht nur propagandistisch, ist für Außenstehende schwer zu beurteilen. Der Aufbau einer regionalen schiitischen Vormacht am Golf und ihre Absicherung durch eigene Atomwaffen – das ergibt einen politischen Sinn.

Ein Problemstaat mit Kernwaffen

Aus christlicher Sicht ist der Wille zu regionaler Vorherrschaft per se nichts Verwerfliches, will doch die EU mit Unterstützung der großen Kirchen auch eine Regionalmacht sein, ja ist es schon. Der Unterschied besteht nur darin, dass sich die EU als friedliche politische – und Handelsmacht versteht, die niemanden bedroht, sondern regionale Stabilität und friedlichen Interessenausgleich praktiziert und darin attraktiv für die Nachbarn ist.

Und der Iran? Es hätte nicht der Ausfälle durch den neuen iranischen Staatspräsidenten Achmainedschad bedurft, um zu sehen, dass die politische Führung des Iran, auch und gerade wegen ihrer polykratischen Struktur, eine gewalttätige Macht nach außen und innen bildet. Seit dem ersten Revolutionsführer Ayatollah Khomeini gehört die Vernichtung Israels zur politischen Agenda. Auch der frühere Staatspräsident Rafsandschani hat diese Forderung früher öffentlich vertreten. Nun ist martialische Rhetorik nicht schon direkt ein Hinweis auf eine militärische Planung, die Hitlers Holocaust weiterführen will, wohl aber ein gefährliches Zeichen für unveröhnliche Feindschaft und den politischen Willen, Israels Feinde je nach Tagesbedarf zu unterstützen.

Wegbereiter des 12. Imam?

Der Irankonflikt gewinnt eine zusätzliche ernste Dimension durch Äußerungen des Staatspräsidenten, er habe Visionen während seines Auf-

tritts vor der UN-Vollversammlung im Jahre 2005 gehabt. Achmadinedschad, so Kenner der neuesten Entwicklung im Iran, werde von messianischen Verheißungen angetrieben, der Wegbereiter des 12. Imam zu sein. Dieser 12. Imam in der Nachfolge des legitimen Mohammed-Nachfolgers Ali und seines Sohnes Hussein soll endgültig 941 n. Chr. als Kind in den Himmel entrückt worden sein, dort als „verborgener Imam“ weiterleben und in der Endzeit als Erlöser, als Mahdi, wiederkommen. Wolfgang Günter Lerch, der Islamwissenschaftler und Nahostspezialist der FAZ, hält deshalb die Atompolitik des Iran, verbunden mit den Endzeithoffnungen des Staatspräsidenten auf den Tag des Gerichts und der endzeitlichen Auseinandersetzung mit dem Westen, für „brandgefährlich“.

Bedrohung von Stabilität und Freiheit

Das Streben nach Atomwaffen würde nicht nur die ohnehin brüchige politische Stabilität in Nah- und Mittelost schwer gefährden, sondern auch Europa durch Mittelstreckenraketen ernsthaft bedrohen. Die Shahab-4-Rakete, die sich in Entwicklung befindet und eine Reichweite von etwa 2000 km besitzen soll, könnte nicht nur jeden Ort des NATO-Partners Türkei erreichen, sondern auch die östlichen Ränder Griechenlands und Italiens. Die politische Einschüchterungswirkung durch die „islamische Bombe“ in den Händen des Mullah-Regimes, zunächst nur an den Rändern Europas, bald aber bis zur Mitte hin, wo Deutschland liegt, wäre politisch-psychologisch verheerender als das atomare Patt zur Zeit des Kalten Krieges bis 1989. Man darf sich nichts vormachen: Die Zeit der Unabhängigkeit und angstfreien Entscheidung, was wir als europäische Politik betreiben wollen, wäre wahrscheinlich vorbei, erst recht die Zeit, in der wir um eine eigene, auch christlich geprägte europäische Identität ringen und uns gegen die Machtansprüche islamistischer Gruppen wehren. Der zurückliegende Streit um die Mohammed-Karikaturen und deren Rückwirkung auf die öffentliche Diskussion und Pressefreiheit auch in Deutschland wäre nur ein ganz kleiner Vorgeschmack jener Pressionen, denen wir Europäer dann ausgesetzt wären.

Auch die Unterstützung des internationalen Terrorismus, z.B. der schiitischen Hisbollah im Libanon und seit kurzem der Hamas in den von Israel besetzten Gebieten und im Gaza-Streifen, erweist den Iran als Problemstaat. Nicht ohne Grund hat das US-Außenministerium im Terrorismus-Report für 2000, vorgestellt im April

2001, den Iran an die erste Stelle der sieben Terrorismus-Förderstaaten gestellt. Sehr schlimm wäre auch der Beginn einer atomaren Rüstungsspirale in Nah- und Mittelost. Saudi-Arabien hat bereits angekündigt, es werde selber an die Entwicklung von Atomwaffen denken. Die Vereinigten Arabischen Emirate, in Spannung auch mit Saudi-Arabien lebend, würden nachziehen und Ägypten würde nicht abseits stehen, wenngleich es seit langem eine vollständige Entnuklearisierung der ganzen Region fordert. Der Golf-Kooperationsrat (GCC) hat sich jüngst gegen die Atomwaffenpläne des Iran ausgesprochen. Ein Rüstungswettlauf in der weiteren Golfregion wäre bei einer nachgewiesenen Atombombenproduktion des Iran ein Horrorszenerario, noch dazu in einer für die westliche Energieversorgung hochwichtigen Region. Dies zu verhindern ist ein Gebot politischer Vernunft. Die friedensethische Reflexion hat nach Möglichkeiten zu fragen, wie möglichst friedensverträglich und gewaltminimierend eine Konfliktregulierung erreicht werden kann.

Der Irankonflikt vor der UNO

Pakistan und Indien besitzen bereits Kernwaffen, ohne dass die Vereinten Nationen eingeschaltet und tätig geworden sind. Diese beiden Länder sind aber nicht Mitgliedsstaaten des Atomwaffensperrvertrags. Anders der Iran, der nachweislich die Internationale Atomenergie-Agentur IAEA hinsichtlich seines angeblich nur friedlichen Nuklearprogramms jahrelang genarrt hat. Deshalb und nur deshalb, wegen seiner Vertragsverletzungen, aber natürlich auch wegen seiner aggressiven außenpolitischen Rhetorik und innenpolitischen Repression, erfordert er jetzt die volle Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und seit kurzem auch der Vereinten Nationen. Nach einheitlicher Meinung der evangelischen Friedensethik ist die Weltorganisation das wichtigste Forum und auch Entscheidungsgremium zur Behandlung schwieriger internationaler Konflikte. Man mache sich aber nichts vor: Der Weltsicherheitsrat ist weit davon entfernt, ein neutral entscheidendes Gremium zu sein, das rein nach Sachlage befindet. Die steigende Sorge Chinas und Russlands vor einer unberechenbaren Atommacht Iran hat aber inzwischen zu einer Annäherung der Positionen der „ständigen Fünf“ geführt, zum festen Willen, die Entwicklung Irans zu einem Kernwaffenstaat zu verhindern, ohne das Land zu einem Öllieferstopp zu provozieren. Welche friedensverträglichen Optionen sind erwägenswert? Diese Frage zu stellen, heißt im

Die politische Einschüchterungswirkung durch die „islamische Bombe“ in den Händen des Mullah-Regimes wäre politisch-psychologisch verheerender als das atomare Patt zur Zeit des Kalten Krieges bis 1989.

vorliegenden Fall auch, ohne massiven Zeitdruck handeln zu können. Bis zum strikten Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass der Iran noch etliche Jahre von der ersten einsatzfähigen Atombombe entfernt ist. Insofern besteht zu hektisch kein Anlass.

Politischer Druck

Ein einheitlicher politischer Wille in den Vereinten Nationen, das Mullah-Regime in die Schranken zu weisen, mitgetragen auch von vielen islamischen, vor allem sunnitischen Staaten, dürfte nicht erfolglos sein. Auch die religiös-politische Führung, die man sich in polykratischer Struktur vorstellen muss, auch mit gemäßigten Kräften, wird eine vollständige politische Isolation, auch im islamischen Bereich, zu vermeiden suchen. Das Angebot Russlands, die Urananreicherung für die zivile Kernkraft des Iran auf russischem Gebiet unter Mitwirkung iranischer Fachkräfte vorzunehmen, ist nicht nur fair, sondern auch vernünftig. Hier dürfte der Königsweg der Konfliktlösung liegen. Eine Verzögerungstaktik auf iranischer Seite ist vorprogrammiert, genauso ständige Belastungstests, wie weit die internationale Gemeinschaft zusammenhält.

Es wäre vor Beginn dieses Weges äußerst schädlich, wenn Friedensgruppen in Deutschland und Europa diese Linie Russlands faktisch zu durchkreuzen versuchten und de facto sich zu Verbündeten der iranischen Führung machten, wie dies 2002/2003 im Irakkonflikt geschehen ist. Nicht der tyrannische Diktator Saddam Hussein wurde seinerzeit als Kern des politischen Übels angesehen, sondern der vielfach als Teufel dargestellte US-Präsident. Dadurch wurde die westliche Position gegenüber dem Irak spürbar geschwächt und der Tyrann in seiner lange Zeit wenig kooperativen Haltung gegenüber den Waffenkontrollleuren der UNO bestärkt. Erst massivste US-Interventionsdrohungen hatten zuletzt passable Inspektionen ermöglicht. Wenn christliche Friedensgruppen wieder Massendemonstrationen gegen eine klare internationale Haltung gegen den Iran, auch gegen eine militärische Option als politisches Druckmittel, nicht als militärischen Wunschfall, auf die Beine bringen, so würde dies friedensverträgliche Lösungen im Irankonflikt erschweren und nicht erleichtern.

Den Atomwaffensperrvertrag erhalten

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968, wie er richtig heißt, ist das ein-

zige internationale Kontrollregime im Rahmen der Vereinten Nationen, um die Entstehung neuer Atomwaffenstaaten zu verhindern. Das Vertragsregime zu erhalten, ist nach einmütiger christlich-ethischer Überzeugung dringend geboten und deshalb aller Unterstützung wert. Der Fortgang des Irankonflikts entscheidet über das Schicksal des Vertrags. Pakistan und Indien, aber auch Israel, sind diesem Vertrag nie beigetreten und haben sich zu atomar gerüsteten Staaten entwickelt, ohne dass die internationale Gemeinschaft auch nur in einem einzigen Fall dramatische Konsequenzen gezogen hätte. Nordkorea, einst Vertragsmitglied und trotzdem Besitzer der „Bombe“ geworden, wurde bisher von den USA und der internationalen Gemeinschaft recht behutsam behandelt. Sollte der Iran im Geheimen Atomwaffen entwickeln, könnte er wie Nordkorea kurz vor deren Fertigstellung mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten aus dem Vertrag aussteigen. Das Atomwaffenkontrollsystem wäre dann endgültig erledigt.

Will man das verhindern, muss die internationale Gemeinschaft den Iran fair behandeln, der immerhin seit 1970 Vertragsmitglied ist, und ihm die volle zivile Nutzung der Atomenergie und den Zugang zu der modernsten Atomtechnologie gemäß des Vertrags zugestehen. Der iranischen Bevölkerung, die jede Diskriminierung zu Recht ablehnt, muss dies auch insbesondere von den Europäern und den USA über geeignete Medien deutlich gesagt werden.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass die israelischen Atomwaffen für die Nachbarn nah und fern ein Ärgernis darstellen und die Frage wachrufen, warum deren Existenz nicht zum Gegenstand von Verhandlungen wird. Wer iranische Atomwaffen verhindern will, sollte jetzt schon die Frage stellen, wie eine mittelöstliche Sicherheitsorganisation mit einer atomwaffenfreien Zone aussehen könnte, in der sich Israel einer nuklearen Abrüstung unterwirft. Diesem Vorschlag des deutschiranischen Politologieprofessors Mohssen Massarat und anderen ist insofern zuzustimmen. Eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren Osten, mit wirksamen Sicherheitsgarantien für Israel, wäre als Fernziel auch aus friedensethischer Sicht wünschenswert.

Die Auslandsiraner hören

In Deutschland wohnen viele iranstämmige Menschen, die sich schon seit Jahren in die öffentliche Diskussion über alle politischen Fragen, die den Nahen und Mittleren Osten betreffen, ein-

Wenn christliche Friedensgruppen wieder Massendemonstrationen gegen eine klare internationale Haltung gegen den Iran auf die Beine bringen, so würde dies friedensverträgliche Lösungen im Irankonflikt erschweren und nicht erleichtern.

bringen. Navid Kermani hat nach der Wahl von Achmadinedschad zum Staatspräsidenten in einem geradezu beschwörenden Beitrag in der ZEIT um Verständnis für die Menschen im Iran geworben. Er schäme sich für diesen Mann als obersten Repräsentanten des Staates, aber er verkörpere keinesfalls die Mehrheitsmeinung im Lande. Er sei durch Protestwahl gegen den verhassten und korrupten Mitbewerber Rafsandschani, dem reichsten Mann im Lande, gewählt worden, wegen seiner eigenen bescheidenden Lebensweise.

Der Göttinger Politologe Behrouz Khosrozadeh rät wie etliche andere Deutschiraner von einer Militärintervention gegen den Iran dringend ab, wegen der absehbaren vielfältigen desaströsen Folgen für den Westen (z.B. Aktivierung von massiven terroristischen Aktivitäten). Er weist auch auf die trostlose innenpolitische Lage im Iran hin, mit hoher Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung, hoher Verarmungsrate und einem gewaltigen Drogenproblem. Er bezweifelt aber, dass im Iran auf absehbare Zeit die Voraussetzungen für einen reformatorischen Transformationsprozess gegeben sind, weil die konservative Klientel trotz allem groß sei. Die Resignation der Gebildeten sei spürbar. Sie interessierten sich vielfach nur für die Auswanderung. Die Stimme der Opposition sei dennoch weiterhin unüberhörbar.

Fahimeh Farsaie weist darauf hin, dass es in der iranischen Führungsriege auch maßvollere Gruppen gibt als den fanatischen Präsidenten Achmadinedschad, z. B. den weiterhin einflussreichen Großayatollah und früheren Präsidenten Rafsandschani.

Stimmen diese Äußerungen, so ist die iranische Zivilgesellschaft gerade nach dem Wahlsieg von Präsident Achmadinedschad in ernster Gefahr, eine Zivilgesellschaft, die als einzige im islamischen Raum den Namen wirklich verdient. Sie zu erhalten bedarf tatkräftiger Förderung auf verschiedenstem Wege, zunächst dadurch, dass sie von den westlichen Politikern wahrgenommen wird. Den Kirchen und ihren vielfältigen Friedensgruppen bietet sich hier ein wichtiges und dankbares Betätigungsfeld, Aufmerksamkeit für diese zivilgesellschaftlichen Kräfte zu fördern und in diese Gesellschaft hineinzuwirken, mit allen verfügbaren Medien, ihr klarzumachen, weshalb wir im Westen die iranischen Atomwaffenpläne ablehnen.

Den Respekt vor den Menschen im Iran mit ihrer alten und großen Kultur, wo nötig, zu fördern

und um Verständnis für die westliche Position zu werben, ist des Schweißes aller friedensliebenden Christen wert.

Sanktionen gegen den Iran?

Die „Orientierungspunkte“ der EKD von 1994, das letzte große friedensethische Positionspapier, sehen Sanktionen der Vereinten Nationen für Friedensbrecher vor, wenn politische Maßnahmen nichts fruchten. Die Geschichte des internationalen Sanktionsregimes seit den 70er Jahren, als z. B. Südafrika betroffen war, seine vielen Misserfolge und gelegentlich kleinen Erfolge, dazu natürlich der Streit der Fachleute, warum wann welche Sanktionen nichts gefruchtet haben, ist ein sehr weites Feld. Das Sanktionsregime gegen den Irak, das kurze Zeit nach der Okkupation Kuwaits am 2. August 1990 begann, ist ein Streitthema ersten Ranges. Schon bald nach 1991 wurde allgemein bekannt, wie löcherig die Sanktionen waren, wie wenig sie dem Saddam-Regime und seinem weiten Anhang geschadet haben, wohl aber der breiten Bevölkerung.

Liest man die momentanen Analysen von Islamwissenschaftlern, Wirtschaftsspezialisten und Kennern der Region, so ergibt sich auch für den interessierten Betrachter kein stimmiges Bild. Fest steht nur, dass ein vollständiger Öllieferstopp des Iran als Gegenmaßnahme das Rohölangebot um ca. 3 Mio. Barrel pro Tag, also 10 Prozent der Weltölförderung kürzen und damit den Ölpreis weiter in bisher unbekannte Höhen treiben würde. Das wäre in erster Linie eine gewaltige politisch-moralische Belastungsprobe für die westlichen Industriegesellschaften.

Gegenwärtig sind Sanktionen sehr unwahrscheinlich. Russland hat Mitte März dieses Jahres, nach der Überweisung der Causa Iran durch die Internationale Atomenergie-Agentur IAEA an den Weltsicherheitsrat, Sanktionen klar abgelehnt. Auch China, Großabnehmer von iranischem Rohöl mit stark steigendem Bedarf, denkt genauso. Das könnte sich aber bei nachhaltiger Sturheit des Iran ändern.

Oliver Thränert, bekannter Iranexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, hält kluge Sanktionen für aussichtsreich, d. h. Reisebeschränkungen für Mitglieder des Regimes sowie ein Waffenembargo. Russland und China müssten dafür noch gewonnen werden. Am wichtigsten sei aber das europäische Angebot, dem Iran bei einem streng kontrollierten zi-

Den Respekt vor den Menschen im Iran mit ihrer alten und großen Kultur, wo nötig, zu fördern und um Verständnis für die westliche Position zu werben, ist des Schweißes aller friedensliebenden Christen wert.

vilen Atomprogramm zu helfen. Ein Wirtschaftsboykott würde seiner Meinung nach dem Iran erheblich schaden, was andere Fachleute bestätigen. Der Erneuerungsbedarf der iranischen Industrieanlagen sei groß, auch auf dem Ölsektor. Schon jetzt, durch die Sanktionsdiskussion, würden viele Investitionen auf Eis gelegt werden, Kapital fließe aus dem Land ab und schwäche die Wirtschaft bereits spürbar.

Die Frage, wie weit Wirtschafts-Sanktionen gegen den Iran, also ein Stopp von Industriegüter-Lieferungen, des Handels- und Finanzverkehrs, des Flugverkehrs usw., noch vertretbare wirtschaftliche Folgeschäden im Westen haben würden, ist schwer zu beurteilen.

Mit diesen Erwägungen ist der Bereich friedensethischer Lösungsansätze im bisher diskutierten Rahmen, also auch im Rahmen der „Orientierungspunkte“ der EKD von 1994, ausgeschöpft.

Militärische Optionen gegen den Iran

Seit einigen Monaten weisen Fachwissenschaftler wiederholt auf militärische Planungen sowohl der Israelis als auch der USA für selektive Militärschläge gegen iranische Atombomben-Forschungseinrichtungen hin. Es spricht aber sehr viel dafür, dass Israel aus nachvollziehbaren und zwingenden Gründen keine einseitigen Militäraktionen beabsichtigt.

Die „Orientierungspunkte“ der EKD haben die Frage militärischer Gewaltanwendung in ganz besonderen Krisenlagen seinerzeit im Blick auf humanitäre Interventionen durchdacht. Anlass waren die innerstaatlichen Konflikte im zerfallenen Jugoslawien und in Somalia. Die historisch zu nennende Resolution 794 des Weltsicherheitsrates vom 5. Dezember 1992 hat erstmals in der Geschichte der Vereinten Nationen einen rein innerstaatlichen Konflikt und die dadurch entstandene schwere humanitäre Notlage als Friedensbedrohung eingestuft und ein Mandat für eine internationale Militäraktion erteilt. Um diese Art der Friedensbedrohung und entsprechende auch militärische Gegenmaßnahmen geht es beim jetzigen Irankonflikt nicht.

Welche militärischen Maßnahmen zur Zerstörung von nuklearen Forschungseinrichtungen sind denkbar? Bei nüchterner Betrachtung kommen im Wesentlichen nur Luftangriffe gegen etwa einhundert teilweise verbunkerte Anlagen in Frage, eventuell flankiert durch kleine Boden-Operationen

von Kommandoeinheiten. Man wird dabei an den Einsatz von Marschflugkörpern und unbemannten Kampfdrohnen denken, ergänzt um Tarnkappenbomber, weniger an massive Luftangriffe mit regulären Kampfbombern. Zuvor müsste die iranische Luftverteidigung niedergedrungen werden. Da etliche Ziele – wohl ganz bewusst – in Wohngebieten liegen, im Widerspruch zum humanitären Völkerrecht, ist bei diesen Präzisionsbombardierungen auch mit zivilen Opfern in schwer kalkulierbaren Größenordnungen zu denken.

Der Einsatz tödender militärischer Gewalt bedarf besonderer ethischer Rechtfertigung. Er ist als kleineres Übel erwägenswert, wenn andere mildere Maßnahmen keinen Erfolg versprechen oder gescheitert sind. Letzteres angenommen, reicht es nicht aus, nur auf die vermutlichen Zahlen der zivilen Opfer zu blicken und sie ins Verhältnis zu setzen zu den möglichen Opfern iranischer Atombombeneinsätze. Vielmehr muss das ganze Spektrum politischer und terroristischer Wirkungen solcher gedachter Einsätze ins Auge gefasst werden. Das fängt an mit der Gefahr terroristischer Aktionen im Irak und gegen Israel, mit schiitischen Selbstmordkommandos im ganzen westlichen Gebiet und mit Raketenangriffen mit Giftgas gegen Israel und amerikanische Basen. Die Erfahrungen der USA im Irak erfordern eine äußerst genaue Beurteilung dieser Risiken. Insbesondere ist die absehbare Wirkung auf die Stimmungslage der Muslime von Marokko bis nach Indonesien ins Kalkül zu ziehen. Der „Kampf der Kulturen“ zwischen der islamischen und der westlichen Welt, falls er nicht schon begonnen hat, wäre ein erheblicher Kollateralschaden.

Wer also lokal eng begrenzte militärische Präzisionsschläge gegen iranische Nuklearanlagen ernsthaft erwägt, muss sich über die erheblichen Folgeprobleme im Klaren sein. Andererseits ist auch im Auge zu behalten, dass das durch iranische Atomwaffen auf weitreichenden Raketen provozierte Übel ebenfalls von außerordentlicher Art sein würde. Die Auffassung des durch seine dissidenten Äußerungen bekannten Bundeswehr-Offiziers Jürgen Rose, der Atomwaffenbesitz des Iran könnte auch eine stabilisierende Funktion im Mittleren Osten erreichen, ist ins Reich realitätsfremder Fantasie zu verweisen.

Die beschriebene militärische Option gegen selektive Ziele im Iran ist auch hinsichtlich der völkerrechtlichen Legitimation zu beleuchten. Der internationale Aufruhr gegen die von den USA geführte Intervention im Irak, begonnen am 20. März 2003, ist noch in lebhafter Erinnerung. An-

Wer lokal eng begrenzte militärische Präzisionsschläge gegen iranische Nuklearanlagen ernsthaft erwägt, muss sich über die erheblichen Folgeprobleme im Klaren sein.

ders als im Falle der ebenfalls nicht UN-legitimierte Militärintervention im Kosovo 1999 hat sich seitdem die völkerrechtliche Lehrmeinung zur Irakintervention nicht verändert. Würden die USA gemeinsam mit Israel die beschriebenen Luftangriffe durchführen ohne eine Ermächtigung durch den Weltsicherheitsrat, würden die genannten Folgeschäden nochmals vermehrt werden und unabsehbare Konfrontationen im internationalen System auslösen können. Aus friedensethischer Sicht wäre diese Vorgehensweise äußerst problematisch, vergleichbar der Irakintervention. Wenn irgend möglich ist diese Eskalation zu vermeiden.

Von Rechthaberei im Sinne einer vermeintlich einzig richtigen ethischen Beurteilung ist aber abzuraten. Die eingangs beschriebene Konfliktlage berührt elementare Lebensinteressen aller westlichen Demokratien, gerade auch die Errungenschaften hinsichtlich der Menschenrechte. Sie zu verteidigen, rechtfertigt neben den fremden auch eigene Opfer und lange wirtschaftliche Durststrecken. Eindeutigkeit des Urteils, ein verständliches Anliegen vieler kirchlicher Friedensgruppen, ist schon in der Irakkrise nicht möglich gewesen und dürfte auch in der gegenwärtigen Irankrise kaum erreichbar sein.

Bei einer Ermächtigung von militärischen Angriffen gegen den Iran durch den Weltsicherheitsrat, die gegenwärtig rein spekulativ, wenn gleich nicht undenkbar ist, blieben immer noch die Schäden in der islamischen Welt und die Probleme durch den Öllieferstopp des Iran.

Zur Ultima-Ratio-Erwägung

Die Erwägung, in einer schweren Notlage militärische Gewalt als „ultima ratio“, als letztes Mittel oder äußerstes Mittel einzusetzen, ist in der christlichen Friedensethik seit vielen Jahren umstritten. Die schon mehrfach genannten „Orientierungspunkte“ der EKD von 1994 halten diese Erwägung für sachgemäß. Sie verstehen dabei die Ultima Ratio militärischer Gewalt als äußerstes Mittel politischer Konfliktbewältigung, das oft als letztes, aber unter Umständen auch als frühes Mittel eingesetzt werden kann, sofern andere mildere Mittel keinen Erfolg versprechen.

Die „Orientierungspunkte“ haben aufgrund der damaligen internationalen Konfliktlage vornehmlich die so genannten humanitären Interventionen im Sinn, also militärische Eingriffe in Staa-

ten, in denen schwerste Menschenrechtsverletzungen geschehen. Diese spezielle Notlagendiskussion begann in der Politik und im Völkerrecht nach dem 2. Golfkrieg (Ende 28. 02. 1991) und hatte zunächst die humanitären Krisenlagen in den Kurdengebieten im Irak, aber auch die humanitäre Katastrophe in Somalia seit 1991 im Blick. Will man schwerst bedrohten Menschen helfen, muss die Hilfe schnell kommen. Das äußerste Mittel militärischer Gewalt darf in diesem Fall nicht zu spät greifen. Auch im Zusammenhang der vielen Kriege nach dem Auseinanderbrechen des jugoslawischen Gesamtstaates (1991-2001) wurde gelegentlich die These aufgestellt, die Europäer hätten die vielen Toten verhindern können, wenn sie Milosevic und seinen Anhängern schon 1992 nach der Beschießung von Dubrovnik kleinere Militärschläge verpasst hätten. Das lange Abwarten der NATO habe erst zur Gewalteskalation geführt. Die Logik: Möglichst frühes Eingreifen verhindert ein Ausfransen regionaler Kriege. Gegen diese Argumentation haben insbesondere Friedensgruppen der evangelischen Kirche fortdauernd Einspruch erhoben. Deshalb geht die „Zwischenbilanz“ der EKD vom September 2001 (Friedensethik in der Bewährung) auf die Ultima-Ratio-Erwägung nochmals speziell ein (II.5), allerdings ohne weiterführende Überlegungen vorzutragen. Verdienstvoll bleibt aber das Beharren darauf, der zeitliche Aspekt dürfe „nicht dazu führen, dass die notwendigen militärischen Maßnahmen zu spät ergriffen werden und damit ihre Funktion nicht erfüllen können“. Das ist gegen die Einsprüche von Friedensgruppen gesagt.

Das Hauptproblem der Ultima-Ratio-Erwägung wird aber weder in den „Orientierungspunkten“ noch in der „Zwischenbilanz“ entfaltet, weil sich die Verfasser mit den Grundfragen politisch-militärischer Strategie nicht beschäftigt haben. Lothar Rühl, der auch militärisch versierte Politologe, hat das Problem der Ultima-Ratio-Erwägung im Zusammenhang des Irakkrieges skizziert (Kurzfassung: Letztes Mittel? FAZ vom 28.02.2003). Er stellt heraus, dass die politisch verantwortete Verzögerung militärischen Eingreifens in einer schweren Krisenlage bis zu dem Zeitpunkt, an dem alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, ein Vabanque-Spiel mit der eigenen Sicherheit bildet. Je weiter nämlich ein Konflikt voranschreite, umso mehr steuere er auf die Alternative zwischen der Logik des Krieges und der Logik der Kapitulation vor einer als übermächtig erscheinenden Herausforderung zu. Er verweist auf die europäische Krisenlage nach der Rheinlandbesetzung Hitlers 1936 und der Sudetenkri-

Die Erwägung, in einer schweren Notlage militärische Gewalt als „ultima ratio“, als letztes Mittel oder äußerstes Mittel einzusetzen, ist in der christlichen Friedensethik seit vielen Jahren umstritten.

se 1938. Der Friede in Europa sei damals, so Rühl, durch die Konfliktscheu und das Ultima-Ratio-Denken in London und Paris verspielt worden. Schon im Blick auf den Iran schreibt Rühl, der Aufschub militärischen Eingreifens im Hoffen auf eine politische Lösung verschaffe keine Sicherheit vor Aggression, „sondern nur riskanten Aufschub der Entscheidung“. Wenn der richtige Zeitpunkt zum militärischen Zuschlagen verpasst werde, „schlägt die Logik des Friedens ohnehin in die Logik des Krieges oder der Selbstaufgabe um“.

Das Problem der Ultima-Ratio-Erwägung im zeitlichen Sinn besteht also darin, dass die politischen und militärischen Kosten bei zu langem Zuwarten immer höher werden. Der potentielle Gegner, in unserem Fall der Iran, hat nämlich nutzbare Zeit, seine eigene Kriegsvorbereitung voranzutreiben und wirksame Abwehrmaßnahmen, z. B. einen verstärkten Schutz seiner Atomforschungsanlagen und deren weitere Dislozierung zu betreiben.

Es kann sein, dass konventionelle Luftangriffe schließlich keinen spürbaren Erfolg mehr versprechen und sich die Frage stellt, ob den konventionellen militärischen Mitteln nukleare an die Seite gestellt werden müssen, um das bei einem zeitlich früheren Angriff leichter zu erkämpfende Ergebnis doch noch unter erheblich erschwerten Bedingungen erreichen zu können.

Die erheblichen Fußangeln der Ultima-Ratio-Erwägung dürfen also gerade in der friedensethischen Besinnung nicht verschwiegen werden.

Atomare Abschreckung neu durchdenken

Die jüngsten Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Chirac am 19. Januar 2006, Frankreich könne unter Umständen auf terroristische Bedrohung mit Atomwaffeneinsatz gegen die Urheberstaaten reagieren, war als politisches – nicht militärisches – Signal an den Iran und an Nordkorea gedacht und hat für erhebliche öffentliche Reaktionen gesorgt.

Im Folgenden soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass die Frage atomarer Abschreckung unter friedensethischen Gesichtspunkten neu durchdacht werden muss. Es ist durchaus denkbar, dass es dem Iran gelingen kann, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, auf welchem Weg auch immer, und konventionelle Militärschläge

westlicher Staaten unterbleiben, z. B. deshalb, weil man unter dem Druck der Ultima-Ratio-Erwägung den richtigen Zeitpunkt für einen konventionellen Angriff verpasst hat. Es bedarf keiner langen Begründung, dass Fatalismus in einem solchen Fall oder gar politisch-psychologische Unterwerfung unter die nukleare Bedrohung durch den Iran keine christlich geforderte Haltung ist.

Für die weitere friedensethische Arbeit auf diesem Gebiet sei empfohlen, auf die letzte umfangreiche und sehr gediegene Arbeit von Trutz Rendtorff und Uwe Nerlich aus dem Jahre 1989 zurückzugreifen. Der umfangreiche Sammelband über „Nukleare Abschreckung“ bedarf gerade jetzt der Re-Lektüre. Die nukleare Abschreckung muss unter völlig geänderten weltpolitischen Rahmenbedingungen ganz neu durchdacht werden. In diesem Band hat Uwe Nerlich die hell-sichtige Feststellung getroffen, dass die Wirksamkeit der Abschreckung mit Atomwaffen auf dem gemeinsam akzeptierten Kalkül der beiden damaligen Konfliktgegner, der USA und der Sowjetunion, nämlich auf rationaler Abwägung beruhe. Die beidseitige Einsicht, dass der als zweiter sterbe, der als erster atomar angreife, war kriegsverhindernd. In anderen Konstellationen, so Uwe Nerlich, wo diese Einsicht nicht geteilt werde, funktioniere nukleare Abschreckung nicht.

Seinerzeit bestand ein Zusammenhang zwischen Abschreckung des Gegners und glaubwürdiger Einsatzoption. Die Entwicklung und Aufstellung einer begrenzten Zahl von Mittelstreckenraketen in Europa hat bekanntlich seit 1981 zu großen Antiatomdemonstrationen geführt, bis zum „heißen Herbst“ 1983. Evangelische Friedensorganisationen waren daran maßgeblich beteiligt. Die Irrtümer der damaligen Friedensbewegung sind nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet. Es ist Deutschland, aber auch der evangelischen Kirche, nicht zu wünschen, dass der Irankonflikt zu vergleichbaren innenpolitischen und kirchlichen Turbulenzen führt.

Wer eine nukleare Abschreckung gegen den Iran erwägt und für realisierbar hält, muss sofort die weitere Frage nach den angemessenen, d.h. glaubwürdigen Einsatzoptionen stellen. Der sichere ethische und politische Ertrag der Abschreckungsdiskussion im Ost-West-Konflikt ist der kategorische Verzicht auf eine vollständige Vernichtungsandrohung an den Gegner. In Frage käme als Option äußerstenfalls ein selektiver Einsatz kleiner atomarer Bunker-

Hilft nukleare Abschreckung gegen einen Staat, dem es eventuell gelingt, das Motto der islamischen Terroristen „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“, mit kollektivem Wahn zu verbinden?

knacker-Bomben, vergleichbar den relativ kleinen Atomminen an der innerdeutschen Grenze bis 1989. Diese Einsatzoption hieße nicht, sie als Mittel der Wahl zu bezeichnen, sondern nur, sie erstrangig als politisches Druckmittel zu benutzen.

Diese gedachte Einsatzoption, vergleichbar der im Kalten Krieg, ist aber friedensethisch ganz neu zu analysieren, im Blick auf einen Staat, der schon in der Vergangenheit, im 1. Golfkrieg seit 1982 selbstmörderische Militärfaktionen durch hunderttausende von Jugendlichen durchgeführt hat. Hilft nukleare Abschreckung gegen einen Staat, dem es eventuell gelingt, das Motto der islamischen Terroristen „Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“, mit kollektivem Wahn zu verbinden?

Die Irankrise als geistige und religiöse Herausforderung

Genau genommen beginnt die Irankrise mit der Machtübernahme der schiitischen Revolutionäre am 1. Februar 1979, als Großayatollah Khomeini aus dem französischen Exil nach Teheran zurückgekehrt ist. Seit den Fernsehbildern mit den Millionen seiner fanatischen Anhänger im Iran, die ihr Idol und im Taumel der Begeisterung auch den Gottesstaat zunächst begrüßt haben, gilt der Iran für westliche Beobachter als Problemfall. Für die zunehmend christlich entwurzelten Europäer war es mehr als irritierend, als 1982 im 1. Golfkrieg (1980-1988) hunderttausende jugendlicher Iraner mit kleinen Plastikschlüsseln am Halsband (Schlüssel zum 7. Himmel der Märtyrer im Fall des Todes) über die irakischen Minenfelder stürmten.

Nach der geistigen Herausforderung durch den Kommunismus, die nicht alle evangelische Gruppierungen angenommen haben, entpuppte sich der radikale, politische Islam zunehmend als neue Herausforderung. Die Christen hierzulande haben keinen Grund, sich den Schuh der Islamophobie anzuziehen, gewissermaßen das historische Nachfolgemodell für den angeblich so irrigen Antikommunismus, wenn sie auf die Probleme durch den politischen Islam in seiner gewalttätigen Form hinweisen. Gerade die gebildeten und in Kommunikation mit westlichen Intellektuellen befindlichen islamischen Denker im Nahen und Mittleren Osten beklagen die „Krankheit des Islam“ (so der Tunesier Abdelwahab Medebb 2002 in seiner gleichnamigen Monografie), seine kulturelle Rückständigkeit, seine fehlende Fähigkeit zur Selbstkritik, seine

Selbstverliebtheit in die vermeintliche oder wirkliche Demütigung durch den Westen, seine Weigerung zur historischen Untersuchung des Koran usw.

Der Islam ist vermutlich neben der Säkularisierung der europäischen Gesellschaften die größte geistige Herausforderung der Gegenwart. Sein Überlegenheitsanspruch gegenüber Judentum und Christentum ist dabei genauso kritisch zu bearbeiten wie die Scharia, die von den Islamisten in vielen islamischen Ländern zur Anwendung gebracht wird, auch in Deutschland. Christen sind herausgefordert, im Sinne der Nächsten- und Feindesliebe Jesu Christi das Gespräch mit allen gesprächsbereiten Muslimen zu suchen und zu führen und dem Rat des Apostels Paulus Röm. 12,18 zu folgen, mit allen Menschen Frieden zu halten, soweit es möglich ist. Die Verleugnung der eigenen Identität kann nicht das Ziel dieser Gespräche sein. Der Gottesstaat kann nach den eigenen europäischen Erfahrungen des 30-jährigen Krieges nur noch auf klare Ablehnung stoßen.

Längst sind die Menschenrechte, darunter die Frauenrechte und die Religionsfreiheit, christlich rezipiert und eigenes Anliegen geworden.

Es reicht nicht aus, wenn Christen auf rechtsradikale Gewalttaten in Deutschland mit Lichterketten reagieren, um ihre Friedensgesinnung zu bekunden. Dieselben Christen sollten auch auf Christenverfolgungen in islamischen Ländern und Gewalttaten im Zusammenhang der Karikaturen in einer dänischen Zeitung mit gleicher Entschlossenheit reagieren. Man täusche sich nicht: Demonstrationen vieler Menschen gegen die Bedrohung unserer Freiheit durch den radikalen Islam, unserer demokratischen Errungenschaften auch durch die islamischen Extremisten im Iran, würden in der islamischen Welt wahrgenommen werden. Sie würden zeigen, dass der „gottlose Westen“ doch nicht so verkommen ist wie viele in der islamischen Welt meinen.

Friedliche Gesinnung ist eine Sache, sie in politische Praxis umzusetzen, gerade in der Konfrontation durch das Mullah-Regime im Iran, ist eine ganz andere. Ist die geistliche Substanz in unserer Gesellschaft und in den Kirchen zu ihrer Bewältigung noch vorhanden?

*OStR Gerhard Arnold ist
hauptamtlicher Religionslehrer
am Gymnasium in Kitzingen
und freier Publizist.*

Es reicht nicht aus, wenn Christen auf rechtsradikale Gewalttaten in Deutschland mit Lichterketten reagieren, um ihre Friedensgesinnung zu bekunden. Dieselben Christen sollten auch auf Christenverfolgungen in islamischen Ländern reagieren.

Evangelisches Leserforum

Udo di Fabio, *Die Kultur der Freiheit. Der Westen gerät in Gefahr, weil eine falsche Idee der Freiheit die Alltagsvernunft zerstört.*

Verlag C.H. Beck, München 2005,
ISBN 3406537456, 295 Seiten, 19,90 Euro

Freiheit – kaum ein anderer Begriff wurde im Verlauf der Geschichte so häufig für politische Interessen ge- und nicht selten missbraucht. Für diese Idee wurde gestritten, gekämpft, nicht selten verbunden mit ihrem Verlust für deren Verfechter



und um den Preis unzähliger Menschenleben. Dabei ist der Streit um das beste Gemeinwesen beinahe so alt wie die Geschichte der Menschheit selbst. Als Gegenpol zur Freiheit gilt in dieser Auseinandersetzung der Grundgedanke der Gerechtigkeit. Wer kennt es nicht, das berühmte Fresko „Die Schule von Athen“ des italienischen Renaissancekünstlers Raffael, auf dem der griechische Gelehrte Platon mit seinem Schüler Aristoteles zu sehen ist, der eine den Finger gen Himmel gerichtet, der andere mit der Handinnenfläche

auf die Erde weisend? Auf die Frage, worauf es beim politischen Zusammenleben der Menschen ankomme, gelangen beide zu unterschiedlichen Antworten. Für Platon hängt der Erfolg des Zusammenlebens letztendlich von der Gerechtigkeit und dem durch sie gesicherten Frieden ab, für Aristoteles hingegen ist die Freiheit das höchste politische Gut. Das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Polen zieht sich durch die gesamte Diskussion über die politischen Ordnungen in Europa und mündet schließlich in der Frage, ob sich Freiheit und Gerechtigkeit miteinander vereinbaren lassen. Unser Staatswesen, der soziale Rechtsstaat, kann als Synthese dieser beiden Leitvorstellungen verstanden werden. Die Idee der Freiheit, verkörpert durch den Rechtsstaat, der jedem einzelnen Menschen seine Freiheit ermöglicht und garantiert, ist verbunden mit dem Grundgedanken der Gerechtigkeit, der wiederum im Sozialstaatsprinzip seine Entsprechung findet.

Freiheit und Gerechtigkeit sind auch die beiden Schlagwörter, die die aktuelle politische Diskus-

sion in unserem Land bestimmen. Genau zur rechten Zeit erscheint folgerichtig das Buch des Bundesverfassungsrichters Udo Di Fabio über „Die Kultur der Freiheit“, in dem er Freiheit und Gleichheit als die westlichen Zentralwerte thematisiert. Über den Zustand unserer Gesellschaft konstatiert er, dass wir glaubten, „menschliches Glück“ finde sich „in der Vollendung der Freiheit als unbeschwerte Ungebundenheit“ und dass „soziale Gerechtigkeit ein anderer Ausdruck für einen Anspruch auf Teilhabe an diesem Glück [sei] und Gleichheit für den gleichen Anteil an materiellen Gütern [stehe], die ein sorgenfreies Leben ermöglichen“ (S. 7). Gerechtigkeit und Gleichheit sind in diesem Sinne nicht synonym zu verwenden, sie sind jedoch eng miteinander verknüpft.

Schon auf den ersten Seiten wird deutlich, dass sich der Autor insbesondere als ein Anwalt des Prinzips der Freiheit versteht. Die Ursachen für das fehlende Zukunftsvertrauen und die schwindende Vitalität der westlichen Gesellschaften sieht Di Fabio in der „Radikalisierung des Freiheits- und Gleichheitsgedankens als einzig anerkanntes Leuchtfeuer des kulturellen Wertesystems“, wodurch die „Überzeugungskraft der Freiheit wie der Gleichheit nicht gestärkt, sondern geschwächt [werde]. Um der Gesellschaft Gleichheit zu schenken, nehmen wir freiheitseinschränkende Regulierungen und – schlimmer noch – politisch angeordnete Ungleichheitsbehandlungen in Kauf [...]“ (S. 8). Dabei unterscheidet der Verfasser zwischen einem Zuviel an individueller Freiheit, die sich im „Lustprinzip“ und der „Idee des Ungebundenen Lebens“ ausdrücken und im „freien modernen Menschen“ der heutigen Arbeits- und Konsumwelt seine Manifestation findet, und einer „Kultur der Freiheit“, die sich nur entfaltet, „wenn wir ihre lebendigen und das heißt im besten Sinne bürgerlichen Grundlagen wieder freilegen, ihren positiven Lebensentwurf stärker artikulieren“ (S. 33). Als Ausweg aus dem Dilemma der kraftlosen „halbierten“ Gesellschaft empfiehlt er die Rückbesinnung auf die „klassischen bürgerlichen Werte“, zu denen er die „humanistische Bildung, Leistung, Familie oder christliche Lebensführung“ zählt (S. 64). Besondere Bedeutung misst er in diesem Zusammenhang der Familie bei, der er ein eigenes Kapitel widmet.

Spätestens jetzt dürfte deutlich sein, dass es sich bei diesem Buch um das Plädoyer eines im wohl verstandenen Sinne Konservativen für die Abkehr von einer gesellschaftsschädigenden, hedonistischen Selbstverwirklichungsideologie handelt. Als „letzte aktuelle Stufe der Entstehung dieser nunmehr unangefochtenen herrschenden – und uns

längst beherrschenden – Kultur“ macht Di Fabio die in den fünfziger Jahren einsetzende und 1968 kulminierende „Rebellion gegen die Generation der Väter“ aus (S. 38). „Aus der von dort aus systematisch betriebenen Skandalisierung des bürgerlichen Alltags“ sei „ein mächtiger geistiger Hebel“ erwachsen, „um die etablierten Mächte und ihr kulturelles Universum in die Knie zu zwingen“ (S. 39). Seine Fürsprache für die „Lust am Unterschied der Geschlechter, am Spiel mit den Rollen und einer Intimität, die aus der Spannung des Andersseins wächst“ (S. 144), ist durchaus zu bejahen. Ein aus dieser Feststellung heraus erwachsendes politisches Konzept bleibt aber offen.

Insgesamt liefert Di Fabio einen sehr gelungenen Beitrag zur aktuellen politischen Diskussion, der viele interessante Aspekte der Freiheit beleuchtet. Der Autor gliedert sein Plädoyer für die „Kultur der Freiheit“ in dreizehn Kapitel, die sich ihrerseits in zahlreiche Unterkapitel teilen. Dabei ist lediglich nicht immer klar erkennbar, welchem Gliederungsprinzip die einzelnen Kapitel und Teilabschnitte folgen. So entsteht ein Kaleidoskop von durchaus kenntnisreichen und vielschichtigen Be-

obachtungen und Gedanken über den Zustand unseres Gemeinwesens, wobei gelegentliche Wiederholungen nicht ausbleiben. Der Verfasser bleibt in seinem Plädoyer für die „Kultur der Freiheit“ die Antwort nach den möglichen Grenzen der Freiheit – beispielsweise bei aktuellen bioethischen Fragen – schuldig. Deutlich wird, dass hier in erster Linie ein Jurist und Sozialwissenschaftler spricht. Zwar widmet er auch den religiösen Gemeinschaften ein ganzes Kapitel, doch bleibt der theologische Aspekt der Freiheit weitgehend ausgespart. Auf die im christlichen Sinne verstandene Freiheit nämlich, die Freiheit und Gerechtigkeit als stets miteinander verbundene Prinzipien des Menschseins begreift und den Menschen seinem Mitmenschen und Nächsten wie auch Gott gegenüber verantwortlich wie auch abhängig sieht, geht Di Fabio nur am Rande ein (S. 101).

Das Buch sei allen „freiheitsliebenden“ Menschen, die sich vom „Eros der Freiheit“ anstecken lassen und sich für die aktuelle politische Debatte wappnen wollen, zur Lektüre empfohlen.

Melanie Liebscher

15. Berliner Theologisches Gespräch

Donnerstag, 18. Mai 2006, 19.30 Uhr im Konrad-Adenauer-Haus,
CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin

„Zwischen Sicherheit und Freiheit – Politische und ethische Herausforderungen angesichts neuer globaler Bedrohungen“

Referenten:

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern

Dr. Margot Käßmann, Landesbischöfin der Ev.-luth.
Landeskirche Hannovers

Elmar Theveßen, Chef vom Dienst ZDF Hauptredaktion
Aktuelles und Terrorismusexperte

Moderation:

Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

Anmeldung über:

Telefon: 030-22070432, **Telefax:** 030-22070436, **E-Mail:** eak@cdu.de

Einladung zur 43. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
am 10. Juni 2006 in Saarbrücken

„Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“

Die Bundeskanzlerin
kommt nach Saarbrücken!

Freitag, 9. Juni 2006

21.00 Uhr

**Empfang der Oberbürgermeisterin der
Stadt Saarbrücken am Vorabend der Bundestagung im Rathaus St. Johann**

Samstag, 10. Juni 2006

8.45–9.30 Uhr

Gottesdienst in der Ludwigskirche, Alt-Saarbrücken
Kirchenpräsident Eberhard Cherdron
Kirchenrat Joachim Brandt
Pfarrer Horst Heydt

10.00–11.00 Uhr

Bundesarbeitskreissitzung
Delegiertenversammlung (nicht öffentlich)

11.00–12.30 Uhr

Eröffnung der 43. Bundestagung in Saarbrücken
Thomas Rachel MdB, Bundesvorsitzender des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

Ministerpräsident Peter Müller MdL, Saarland
**„Möglichkeiten und Grenzen einer
Politik auf christlicher Grundlage“**



12.30–13.30 Uhr

Mittagessen

13.30–15.00 Uhr

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB
Vorsitzende der CDU Deutschlands



15.00–16.30 Uhr

Theologisches Nachmittagsgespräch
„Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Politik und in den Medien“

Referenten:

Kirchenpräsident Eberhard Cherdron
Evangelische Kirche der Pfalz

Hugo Müller-Vogg
Journalist und Autor

Wolfgang Baake
Geschäftsführer des Christlichen Medienverbundes KEP e.V.

Moderation:

Hermann Gröhe MdB
Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

16.30 Uhr

Ende der Tagung

(Änderungen vorbehalten)

Organisatorische Rückfragen an: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöferstr. 8,
10785 Berlin, Telefon: 030 22070-432, Telefax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

Antwortbogen

zur Verwendung im
oder als

Fensterumschlag

Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: 0 30 22070-4 36
E-Mail: eak@cdu.de
www.eak-cducsu.de



Bitte senden Sie mir die **Unterlagen für meine Anmeldung** zur 43. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 10. Juni 2006 in Saarbrücken zu.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 0 30 22070-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Wir senden Ihnen die Anmeldeunterlagen im April per Post zu.

Anmeldeschluss für die Bundestagung ist der 2. Juni 2006.



Bilddatenbank Tourismuszentrale Saarland

geber: Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Karin Wolff, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Melanie Liebscher, Christian Meißner (V.i.S.d.P.) · Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 22070-432, Fax: 030 22070-436, E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cdu.de · **Konto:** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00 Konto-Nr.: 266 098 300 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100 % chlorfrei.

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!



Monatsspruch Mai

„Ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus.“ (Gal 3,26)

Unsere Gesellschaft wird gegenwärtig von der Frage umgetrieben, welche weltanschaulich- bzw. religiös-ethische Orientierung sie in ihrem innersten Kern trägt und ihr als Basis perspektivische Ausrichtungen ermöglicht. Eine solche Orientierung kann sich nur auf reflektierten Glaubensentscheidungen bzw. weltanschaulichen Überzeugungen gründen, die in ihrer konkreten Ausprägung letztlich von jedem Einzelnen getragen werden. Deshalb ist die Frage der religiösen Bildung und Erziehung vom Kindesalter an von so hoher gesellschaftspolitischer Relevanz. Dem weithin geteilten Bedürfnis nach einer Wertebindung stehen jedoch in einem nicht unerheblichen Ausmaß Befürchtungen gegenüber, die religiöse Bildung in der Nähe von Missionierung oder gar Indoktrination verorten. So erhitzen sich die Gemüter nicht nur an Beispielen gescheiterter Integration wie Parallelgesellschaften in den Großstädten, sondern ebenso an klar profilierten Ansätzen wie dem neu initiierten „Bündnis für Erziehung“.

In dieser Zeit intensiver Diskussionen um Werte und Wertevermittlung steht der Satz des Apostels Paulus aus dem Brief an die Galater wie ein Fels in der Brandung, und er wirkt in seiner apodiktischen Gewissheit fast ein wenig unwirklich: „Ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus.“ Demjenigen, der sich darauf einlässt und der darauf vertraut, wird die Gotteskindschaft verheißen. Die Unbedingtheit, die in dieser Zusage zum Ausdruck kommt, scheint in ihrer Einfachheit in einem gewissen Widerspruch zu den zum Teil zweifelsgeplagten und bisweilen auch angstbeladenen Debatten unserer Tage zu stehen.

Gottes Kind zu sein – das kann ein Refugium sein, gerade angesichts bewegter Diskussionen, die unsere geistigen und religiösen Fundamente betreffen, sowohl die der Gesellschaft als auch die jedes Einzelnen. Gottes Kind zu sein – das ist eine verlässliche Ausgangsbasis, um sich auf den Weg zu machen und zu handeln, denn in dieser großartigen Verheißung ist auch ein Anspruch, eine Aufforderung enthalten. Die Gotteskindschaft ist nichts, worauf man sich ausruhen könnte. Sie ist kein Besitz, den man – einmal errungen – im stillen Kämmerlein verschlossen hüten könnte.

Gottes Kind zu sein – das ist ein Beziehungsgeschehen, das ist eine lebendige Gabe, die zugleich eine Aufgabe ist. Diese Aufgabe nimmt den Menschen in ihren Dienst, sie verpflichtet ihn zum Handeln. Gottes Kind zu sein – das bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, die dem Menschen von Gott zugetraut und darum übergeben wird. Im Glauben wird diese Verantwortung empfangen, und im Glauben übersetzt sie sich in ein Handeln am Mitmenschen und an der gesamten Schöpfung, das von Liebe und Menschlichkeit geprägt ist.

Die Gotteskindschaft als Beziehungsgeschehen ereignet sich zwischen zwei Polen, die in ihrer Bezogenheit aufeinander dem Menschen Entlastung vermitteln: Der passiven Haltung des vertrauensvollen Empfangens dieser Beziehung von Gott korrespondiert die aktive Haltung des verantwortungsvollen Handelns aus dieser Beziehung heraus, indem dieses Geschenk zugleich zur Handlungsorientierung wird. Gottes Kind zu sein – das bedeutet, gesegnet zu sein.

Valeska Gabbert

Unsere Autoren:

Eckart von Klaeden MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Gerhard Arnold
Oberstudienrat
Helmuth-Zimmerer-Str. 37
97076 Würzburg

Melanie Liebscher
Bundesgeschäftsstelle des EAK
der CDU/CSU
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Valeska Gabbert
Vikarin der EKBO
Bundesgeschäftsstelle des EAK der CDU/CSU
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin